

Rede von Otto Grotewohl (1. November 1948)

Legende: In einer am 1. November 1948 gehaltenen Rede verurteilt Otto Grotewohl, Vorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die Schaffung einer Luftbrücke durch die Westmächte und bezeichnet die Blockade Berlins durch die Sowjetunion als bloße Erfindung.

Quelle: GROTEWOHL, Otto. Im Kampf um die einigedeutsche Demokratische Republik, Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945-1953. Band I: 1945-1949. Berlin: Dietz Verlag, 1954. 568 S. p. 282-288.

Urheberrecht: (c) Karl Dietz Verlag Berlin

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_otto_grotewohl_1_november_1948-de-9aaab9af-e3b5-4a6f-8143-226d5f253a91.html

Publication date: 02/07/2015

Rede von Otto Grotewohl (1. November 1948)

Der von den Westmächten unternommene Versuch, den Sicherheitsrat und die Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen für die Herbeiführung einer Lösung der Berliner Frage einzusetzen, konnte keinen Erfolg haben.

Die Berliner Frage berührt auf das engste das gesamte deutsche Problem und fordert von den Unterzeichnern des Potsdamer Abkommens, daß sie sich wieder zusammenfinden, die strittigen Fragen regeln und damit den Weg zur schnellsten Lösung des demokratischen Friedens mit Deutschland frei machen. Ein solcher Weg setzt freilich voraus, daß der Rat der Außenminister seine Funktion wieder aufnimmt. Aus dem Munde des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungszone, Marschall Sokolowskis, hat die Öffentlichkeit bereits davon Kenntnis erhalten, daß die Moskauer Besprechungen sehr wohl geeignet waren, den gegenwärtigen Zustand in Berlin aufzuheben. Auch die von der Sowjetregierung an die Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Berlin gerichtete Direktive vom 30. August bot die Möglichkeit einer solchen Regelung, ebenso das Abkommen der Vertreter der vier Großmächte, das in den Pariser Beratungen unter dem Vorsitz Bramuglias erreicht wurde.

Wenn die Westmächte diese Gelegenheiten unausgenutzt ließen und unter fadenscheinigen Gründen die Berliner Besprechungen der Oberbefehlshaber der vier Zonen abbrachen, dann rechtfertigt dieses Verhalten die Behauptung, daß einflußreiche Kreise der Westmächte keine Lösung des Deutschlandproblems wünschen, die den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz entspricht.

Die Annahme der von den Vertretern der Sowjetunion unterbreiteten Vorschläge hätte mit einem Schlage die Legende von der „Blockade Berlins“ zunichte gemacht, die angeblich die Westmächte zur Schaffung der sogenannten Luftbrücke zwang. Der Verkehr nach Berlin sollte entsprechend diesen Vorschlägen sofort aufgenommen, die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank für ganz Berlin als alleinige Währung anerkannt und der Handelsverkehr mit den westlichen Besatzungszonen in übersichtliche und allen Ansprüchen genügende Bahnen gelenkt werden. Dieses Ergebnis hätte eine Beachtung der von den Vertretern der vier Regierungen in Moskau vereinbarten Direktive zur Folge gehabt. Bestimmte Kreise der Westmächte haben aber an einer Beilegung der von ihnen selbst provozierten „Berliner Frage“ offensichtlich kein Interesse. Sie sind vielmehr bestrebt, die „Berliner Krise“ mit allen Mitteln zu verlängern und zu verschärfen.

Nachdem die Westmächte die Berliner Besprechungen der Oberbefehlshaber zum Scheitern gebracht hatten, umgingen sie entschlossen den für die Lösung der deutschen Frage allein zuständigen Außenministerrat. Zur Begründung dieses Manövers bedienen sich die Westmächte des verlogenen Arguments, daß die Westberliner Bevölkerung einer Hungerblockade ausgesetzt sei. Tatsächlich ist diese Blockade eine reine Erfindung der Westmächte. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion für Berlin 100 000 Tonnen Getreide, über 10 000 Tonnen Fette, Heizmaterial und andere Gebrauchsgüter bereitgestellt hat. Aus den Ländern der Volksdemokratie werden Frischfleisch, Fische, Eier, Kartoffeln und anderes eingeführt. Damit ist die Versorgung der gesamten Berliner Bevölkerung gesichert. Der Westberliner Wirtschaft bietet sich durch Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaftskommission, der für die sowjetische Besatzungszone und für den sowjetischen Sektor Berlins maßgebenden Wirtschaftsbehörde, die Möglichkeit zur unbehinderten Fortsetzung ihrer Tätigkeit.

Daß von diesen Möglichkeiten kein Gebrauch gemacht wird, ist in erster Linie eine Folge der politischen Hetzkampagne der reaktionären anglo-amerikanischen Kreise. Die westlichen Besatzungsbehörden hindern die Bewohner ihrer Sektoren, die sowjetischerseits angebotenen Versorgungsmöglichkeiten zu beanspruchen. Geradezu verbrecherisch ist auch das Verhalten der Berliner Stadtverwaltung, die alles tut, um die Lage noch zu verschärfen. Der Widerstand des den westlichen Besatzungsbehörden hörigen Berliner Magistrats führte dazu, daß die Bevölkerung der westlichen Sektoren der Möglichkeit beraubt wurde, unmittelbar in den Läden der westlichen Sektoren mit den von der Sowjetunion bereitgestellten Lebensmitteln und anderen Gebrauchsgütern versorgt zu werden. Die von den westlichen Besatzungsmächten erfundene „Luftbrücke“ ist eine absolut überflüssige und lediglich demagogische Maßnahme, die keineswegs Berlin versorgen kann und obendrein das deutsche Volk mit nicht geringen

Kosten belastet.

Die Politik der Westmächte in der „Berliner Frage“ erklärt sich vor allem durch ihr imperialistisches Verhalten gegenüber Deutschland und seiner Nachkriegsgestaltung. Die Durchführung der in Jalta und Potsdam getroffenen Vereinbarungen ist von den Westmächten längst preisgegeben worden. Anstatt der Sowjetunion nachzueifern, die in ihrer Besatzungszone durch Boden- und Schulreform, durch Bestrafung der Kriegsverbrecher und Enteignung ihrer Betriebe, durch Entnazifizierung und Entmilitarisierung die Voraussetzungen für die Errichtung eines demokratischen Staates und für eine künftige friedliche Politik geschaffen hat, gehen sie den Weg der Wiederherstellung des deutschen Imperialismus und Militarismus, den Weg des Verzichts auf die Beschlüsse von Jalta und Potsdam. Dies beweisen alle Maßnahmen der Westmächte. Am 9. Oktober 1948 schrieb die Londoner „Times“ folgendes darüber:

„Die Besatzungsmächte haben wenig getan, um die Grundlagen des Gesellschaftsaufbaus in Westdeutschland zu ändern oder die herrschenden Gruppen ernstlich zu schwächen, die Hitler erst begrüßten, dann ihm dienten und sich erst im letzten Moment gegen ihn wandten. Kohle und Stahl sind nicht verstaatlicht worden, der Beamtenstand und die Verwaltung blieben in vielen Fällen unverändert.“

Heute stehen die imperialistischen Kräfte der Westmächte im Bunde mit der sich erhebenden deutschen Reaktion. Sie hetzen die Deutschen gegen die Sowjetunion, entfesseln die Kriegslust und die Revanchegelüste und treiben eine Verleumdungskampagne, die ihrem Ausmaße und ihrer Verlogenheit nach beispiellos ist.

Die deutsche Großbourgeoisie hat die nationalen Interessen Deutschlands verraten. Sie stellt sich auf die Seite des anglo-amerikanischen Monopolkapitals und unterstützt die auf die Spaltung Deutschlands gerichtete Politik der Westmächte. Die bürgerlichen Parteien der westlichen Besatzungszonen und die rechten Sozialdemokraten mit Schumacher an der Spitze haben die Staatsinteressen Deutschlands preisgegeben. Sie bilden die Leibgarde der Großbourgeoisie und sehen ihre Hauptaufgabe darin, zu verhindern, daß das deutsche Volk die Wirklichkeit der Lage des Landes erkenne. Keine der zahlreichen Maßnahmen der Westmächte, die der Einheit entgegenwirkten, führte zu einem Protest dieser Kreise. Sie bekämpfen vielmehr die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgelöste Bewegung für einen Deutschen Volkskongreß und schwächen den bereits eingeleiteten Kampf der Werktätigen um die deutsche Einheit und für einen gerechten Frieden. Sie fördern aber alle bi- und trizonesischen Pläne und nahmen die Empfehlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz, durch deren Verwirklichung die Spaltung Deutschlands zur Tatsache wurde, ohne jeden Protest hin.

Die separate Währungsreform der Westmächte, die den entscheidenden Schritt zur Aufteilung Deutschlands darstellt und dem Potsdamer Abkommen, das die wirtschaftliche Einheit Deutschlands vorsieht, diametral entgegensteht, wurde von der deutschen Großbourgeoisie und ihren Gefolgsleuten begrüßt und unterstützt.

Die Konzernherren tragen dazu bei, das Ruhrgebiet in eine kriegswirtschaftliche Basis für die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus zu verwandeln. So entspricht es ihren egoistischen Interessen. Diese Politik der Westmächte unterstützend, stellt die Großbourgeoisie mit ihren sozialdemokratischen Lakaien, wie schon immer, die Interessen der Monopolisten über die nationalen deutschen Interessen.

In Berlin spiegelt sich die Hetze der monopolkapitalistischen Interessenten am stärksten wider. Der Inhalt der von den westlichen Besatzungsmächten lizenzierten Presse ist eine unbeschreibliche Lügenflut und stellt die Goebbelssche Lügenmaschine in den Schatten. Jede Behauptung, sofern sie sich nur gegen die Sowjetunion oder gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschland richtet, kommt in diesen kläglichen Blättern zum Abdruck. Sie scheuen kein Mittel, wenn es gegen die Sowjetunion und gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gerichtet ist. Die reaktionären Kreise bemühen sich, die Schuld für das Bestehen zweier Währungen und die daraus entstehenden Schwierigkeiten auf die sowjetische Besatzungsmacht abzuwälzen. Sie versuchen die bekannte Tatsache zu leugnen, daß die B-Mark in Berlin von den Westmächten eingeführt wurde, um die Währung und die Wirtschaft der sowjetischen

Besatzungszone zu diskreditieren, zu untergraben und schließlich zu ruinieren.

Durch das eigenmächtige Vorgehen der Westmächte bei der Durchführung der separaten Währungsreform für die westlichen Besatzungszonen wurden die sowjetischen Besatzungsbehörden gezwungen, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, um das Einfluten der alten Geldscheine in die sowjetische Besatzungszone und nach Berlin zu verhindern. Wirtschaftspolitiker haben die von der sowjetischen Besatzungsbehörde getroffenen Anordnungen als eine selbstverständlich notwendige und vollberechtigte Abwehrmaßnahme anerkannt.

Die Werktätigen Berlins durchschauen immer mehr das Wesen der Spaltungspläne der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihrer deutschen Gefolgsleute. Sie erkennen immer deutlicher, daß für die Westmächte Berlin lediglich als Störungsfaktor gegen den demokratischen Aufbau in der gesamten sowjetischen Besatzungszone und im sowjetischen Sektor der Stadt von Wichtigkeit ist.

Die Maßnahmen der Westmächte, die in Berlin den Zusammenschluß der Sozialdemokraten und der Kommunisten zu einer einheitlichen Arbeiterpartei verhinderten und die zur Anerkennung der Unternehmerverbände in Westberlin führten, gehen konsequent auf eine Zerreißung Berlins hinaus. Sie spalten die Verwaltung, die Parteien, die Gewerkschaften, das kulturelle Leben, die Frauen- und Jugendbewegung und sogar die Berliner Polizei. Es ist nicht zu bezweifeln, daß auch systematisch auf die Schaffung eines Berliner Westmagistrats hingearbeitet wird. Die Berliner Führung der rechten Sozialdemokraten entwickelt hierbei eine besondere Aktivität. Sie verlegt die Tagungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung, aus dem sowjetischen Sektor in den Sektor einer westlichen Besatzungsmacht. Ohne die Abgeordneten der werktätigen Bevölkerung faßt sie „einstimmige“ Beschlüsse und entsendet Delegationen zu den Spalterkonferenzen in Frankfurt und Bonn. Diese „Abgeordneten“ verschließen die Augen vor der Tatsache, daß Berlin im Mittelpunkt der sowjetischen Besatzungszone liegt. Sie geben sich illusionären Hoffnungen hin, daß sie mit Hilfe der antisowjetischen Propaganda imstande wären, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Berlin oder zumindest seinen westlichen Teil dem westdeutschen Staat einzuverleiben. Die rechten Sozialdemokraten haben kein Ohr für die zunehmende Not unter der Bevölkerung der Westberliner Sektoren. Sie tun alles, um die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen Berlins mit der sowjetischen Besatzungszone und mit den Volksdemokratien zu verhindern. Sie betreiben eine rasende chauvinistische Propaganda und Pogromhetze gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Diese Hetze geht zum offenen Terror, zu Maßregelungen, willkürlichen Verhaftungen und offenkundigen Rechtsbeugungen über. Unter der Parole „Berlin ist einen Krieg wert“ treiben die Feinde der Werktätigen eine unverhüllte Kriegspropaganda, die bereits zu blutigen Provokationen gegen die Polizeiorgane sowie gegen die sowjetische Besatzungsmacht ausartet. Ihr blindwütiger Haß gegen die Sowjetunion und die internationale kommunistische Bewegung läßt sie ohne Rücksicht auf das Lebensinteresse der Berliner Werktätigen die Spaltung Deutschlands und die Zerreißung Berlins unterstützen. Ihr nächstes Ziel ist, Berlin in einen Brückenkopf des Krieges gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien zu verwandeln.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands führt den Kampf gegen die aggressive Politik der in- und ausländischen Imperialisten und ihrer Lakaien mit aller Schärfe. Nur durch Verstärkung dieses Kampfes wird die deutsche Arbeiterklasse imstande sein, alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte des Landes zu vereinigen und sie zur Offensive für die Errichtung eines demokratischen Deutschlands und für seine demokratische Entwicklung zu führen.